

Rote Lippe Rose

Informationen zum Zeitgeschehen

39. Jahrgang / Nummer 3 aus 2024 vom 1. März 2024

www.Rote-Lippe-Rose.de

Die Welt ist aus den Fugen geraten

Politischer Aschermittwoch der Lippstädter Sozialdemokratie

Seit einem Vierteljahrhundert gehört der Politische Aschermittwoch zu den fortwährenden öffentlichen Angeboten der Lippstädter Sozialdemokraten. Diesmal standen mit „Die Welt ist aus den Fugen geraten“ die gegenwärtigen globalen Krisen auf der Tagesordnung. Zu dem aufschlussreichen Gespräch hatte der Veranstalter mit dem ehemaligen Europaabgeordneten Helmut Kuhne einen profunden Kenner der internationalen Politik gewonnen. Die Fragen des von der Co-Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Lippstadt, Marlies Stotz, und des Leiters der örtlichen SPD-Senioren, Karl-Heinz Tiemann, geführten Interviews reichten vom russischen Überfall auf die Ukraine über den Krieg zwischen den Palästinensern und Israel und den Konflikt zwischen China und Taiwan bis zu den US-Präsidentenwahlen im November. Mehr zu den Inhalten des Aschermittwochs ist den Seiten 2 bis 7 dieser Zeitung zu entnehmen.



Lippstadt am Mittwoch, 14. Februar 2024: Momentaufnahme nach dem Politischen Aschermittwoch der Lippstädter Sozialdemokraten mit dem ehemaligen Europaabgeordneten Helmut Kuhne und dem Moderatoren-Duo des Abends, Karl-Heinz Tiemann und Marlies Stotz. Zum Dank für seinen Auftritt im Lokal „Jathe`s Kegelbahnen“ überreichten die Gastgeber dem Referenten zwei Bücher zur SPD-Geschichte in Lippstadt, „Wir wollten doch nur eine gerechte Sache“ aus der Feder von Dr. Wolfgang Maron aus dem Februar 2022 und das im Januar 2024 veröffentlichte Werk „Jakob Koenen - Bürgermeister, Bundestagsmitglied, Mann des Sports, Ehrenbürger“, sowie ein Gebinde mit Bieren aus dem Brauhaus Thombansen. Mit Helmut Kuhne war ein alter Bekannter an die Lippe gekommen, der über 50 Jahre Kontakte zur SPD in Lippstadt pflegt. Bereits in seiner Zeit als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im einstigen SPD-Bezirk Westliches Westfalen von 1974 bis 1978 konnten ihn die damaligen Protagonisten der örtlichen SPD-Jugendorganisation, Hans-Joachim Menne, Wolfgang Schulte Steinberg und Hans Zaremba, zu Terminen in Lippstadt begrüßen.

Foto: Hans-Joachim Danzebrink

Warnung vor russischer Expansion

Helmut Kuhne zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

Vor zehn Jahren - im Februar 2014 - erlebte die ukrainische Gesellschaft heftige Unruhen auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in der Hauptstadt Kiew. Bereits in den vorhergehenden drei Monaten hatten Zehntausende Menschen auf diesem Platz gegen die damalige Kiewer Regierung und für eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft demonstriert. Zwischen dem 18. und 20. Februar wurden aus den Protesten Gewalt mit rund 100 Todesopfern. Der damalige von Moskau unterstützte Ukraine-Präsident Wiktor Janukowytsch konnte sich mit Kreml-Hilfe nach Russland absetzen. Für viele Menschen in der Ukraine waren die Geschehnisse eine Revolution, für den russischen Machthaber Wladimir Putin ein Staatsstreich. Heute werden sie als Auslöser für den Beginn des Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine bewertet.



Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (I): Der frühere Europaabgeordnete Helmut Kuhne (Mitte) betrachtete im Interview mit Karl-Heinz Tiemann und Marlies Stotz bei der öffentlichen SPD-Runde die Chancen baldiger Verhandlungen für ein Ende der Kampfhandlungen in Ukraine skeptisch.

Verhandlungen

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der im Grunde schon im Februar 2014 unmittelbar nach den Vorgängen auf dem Maidan mit der Annektierung der Krim sowie im März 2014 mit dem von Russland begleiteten bewaffneten Konflikt im Donezbecken (Donbas) begann, war beim SPD-Aschermittwoch in Lippstadt einer von drei Komplexen des knapp zweistündigen Gesprächs mit dem in Bad Sassendorf lebenden früheren Abgeordneten des Europaparlaments, **Helmut Kuhne**. Eine reale Chance für konkrete Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zum Ende der Kämpfe werde es nach Auffassung des vom Moderatoren-Duo **Marlies Stotz** und **Karl-Heinz Tiemann** befragten Referenten beim Politischen Aschermittwoch im Lokal „Jathe`s Kegelbahnen“ nur geben, „wenn Russland militärisch im bedeutenden Ausmaß zurückgedrängt wird“.

Beurteilungen

Leider sei der aktuelle Kriegsverlauf für das Putin-Regime auch günstig. „Russlands Rüstungsindustrie produziert jede Woche über hundert Panzer, während bei der Ukraine Knappheit herrscht“ lautete die nüchterne Einschätzung des ehemaligen Mitglieds der Parlamente in Brüssel und Straßburg und fügte hinzu: „Die Beurteilungen der Lage sind in den letzten Monaten auf westlicher Seite auch deutlich skeptischer geworden, während davor vor allem die britischen Geheimdienste praktisch jede Woche meldeten, wie sehr es auf der Seite Russlands hakte.“ Folglich hielt sich **Helmut Kuhne** bei der SPD-Zusammenkunft mit Einschätzungen zum künftigen Kampfverlauf im Ukraine-Krieg zurück.



Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (II): Blick in das Publikum bei den Betrachtungen der globalen Krisen mit dem einstigen Europapolitiker Helmut Kuhne im Lokal „Jathe’s Kegelbahnen“.

Fotos (2): Hans-Joachim Danzebrink

Unterstützung

Nach der Rolle und den Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland für einen Beistand der vom Angriff Russlands gepeinigten Ukraine befragt, hob **Helmut Kuhne** bei der SPD-Veranstaltung in Lippstadt hervor: „Deutschland ist nach den USA der größte Unterstützer der Ukraine mit großem Vorsprung vor allen europäischen Staaten.“ **Olaf Scholz** habe auf dem letzten Gipfel der Europäischen Union (EU) vor allem die anderen großen EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, mehr zu tun. Nach Angaben des Bundeskanzlers würde Deutschland in diesem Jahr die Ukraine mit mehr als sieben Milliarden Euro an Militärhilfe unterstützen. Drei Tage nach dem SPD-Aschermittwoch in Lippstadt untermauerte der SPD-Politiker aus dem Kanzleramt auf der Münchener Sicherheitskonferenz seine Forderungen an die anderen Länder in der EU im Interesse ihrer eigenen Sicherheit eindringlich, nachzuziehen. Das bedeute auch einen Kampf gegen Moskaus Propaganda-Kampagnen.

Sondervermögen

Mit der in diesem Beitrag beschriebenen Annexion der Halbinsel Krim hat Russland ein neues Zeitalter eingeläutet. Mit dem militärischen Eingriff hat das Kreml-Regime aufgezeigt: Die politischen und geopolitischen Veränderungen seit dem Ende des Systemgegensatzes 1991 sind aus dem russischen Blickwinkel korrekturbedürftig. Bisherige Regeln gelten nicht mehr. Diskutiert wurden beim Treffen der SPD zum „Fisch nach Karneval“ auch die Fragen: „Wird Putin den Osten der Ukraine oder gar das gesamte Land schlucken? Sollte er noch ehrgeizigere geopolitische Ambitionen haben?“ Die gegenwärtige Regierung in Moskau bezeichnete **Helmut Kuhne** als eine Kleptokratie, „die ihr eigenes Volk unterdrückt“ und die heutige herrschende Gruppe in Russland verfolge eine aggressive Politik der Wiederherstellung eines großrussischen Reiches. Insbesondere die baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen) fürchteten diese Bestrebungen, die bis zu ihrer Autonomie stark unter dem sowjetischen Geheimdienst KGB gelitten hätten. Von daher hält der Bad Sassendorfer Sozialdemokrat die Schaffung eines Sondervermögens für die Ausstattung der Bundeswehr für richtig und notwendig. „Deutschland müsse weiterhin klar an der Seite der Ukraine stehen, ein Sieg Putins würde zu einer Bedrohung anderer Länder und damit auch unserer Freiheit führen“. Das auch als Sonderbudget benannte 100-Milliarden-Programm ist ein Finanzierungsinstrument des Bundes ausschließlich für die Bundeswehr mit eigener Kreditermächtigung von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro. Das Sondervermögen wurde infolge der Regierungserklärung des Kanzlers **Olaf Scholz** zur „Zeitenwende“ mit der Neuausrichtung der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik in der Sondersitzung des Bundestages am Sonntag, 27. Februar 2022, nach dem am Donnerstag, 24. Februar 2022, durch Russland ausgelösten Angriff auf die Ukraine beschlossen.

Hans Zaremba

Terrorangriff der Hamas und die Folgen

Helmut Kuhne zum Krieg im Nahen Osten

Mit dem brutalen Terrorangriff der radikalislamischen Hamas auf Israel hat am Samstag, 7. Oktober 2023, ein neuer Krieg im Nahen Osten begonnen. Die Aktionen der Hamas richteten sich während des Angriffs gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch Kinder und alte Menschen wurden ermordet. Nach Angaben der Regierung in Tel Aviv sind bei dem Überfall und an den folgenden Tagen mehr als 1.400 Menschen getötet worden. Mindestens 240 Personen seien von den Terroristen in den Gazastreifen verschleppt worden. Die Geschichte des Konflikts zwischen den Israelis und Palästinensern ist lang und blutig. Seit seiner Gründung vor 75 Jahren muss sich der Staat Israel fortwährend gegen seine Feinde militärisch verteidigen. Der Großangriff durch die Hamas wird auch als Israels „9/11“ bezeichnet – ein Vergleich mit den islamistischen Terrorattacken auf die USA am 11. September 2001. Der Historiker Moshe Zimmermann sprach im Deutschlandfunk von einem „Pogrom“. Laut Israels Präsident Izchak Herzog wurden seit dem Holocaust nicht mehr so viele Juden an einem Tag getötet wie bei der aus Gaza eingeleiteten Attacke. Die Antwort Israels kam prompt und dauerte beim Redaktionsschluss dieser Rote Lippe weiter an.



Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (I): Austausch zwischen den früheren Akteuren der Jungsozialisten in Lippstadt, Wolfgang Schulte Steinberg, und Bad Sassendorf, Gabriele Kuhne, beobachtet von Steffen Menze, dem heutigen Co-Vorsitzenden des Lippstädter SPD-Ortsvereins.

Selbstverteidigung

So war der aktuelle Krieg im Nahen Osten ein weiterer Aspekt des Politischen Aschermittwochs der Lippstädter Sozialdemokraten mit **Helmut Kuhne** aus Bad Sassendorf. Dabei erklärte der ehemalige Europaabgeordnete: „Ich bin seit meiner Jugend, als ich von den Verbrechen der Nazis erfuhr, für das Existenzrecht Israels und damit auch für sein Recht auf Selbstverteidigung.“ Zugleich fügte der von **Marlies Stotz** und **Karl-Heinz Tiemann** befragte Referent der traditionellen SPD-Veranstaltung nach den närrischen Tagen hinzu: „Für das Existenzrecht Israel einzutreten, bedeutet aber nicht, dass man jeder israelischen Regierung einen Freifahrtschein ausstellt.“ Zudem vertrat der einst in der Erwachsenenbildung tätige Soziologe die Auffassung, „dass die Unterstützung Israels nicht bedingungslos sein kann“. Überdies befürwortete er das Signal der deutschen Regierung gegenüber der israelischen Administration, die Palästinenser im Gaza-Streifen stärker zu schützen und zu versorgen.



Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (II): Helmut Kuhne (Mitte) hat Zweifel zu Waffenlieferungen an Saudi Arabien wegen der Eigenart der dort herrschenden absoluten Monarchie.

Fotos (2): Hans-Joachim Danzebrink

Antisemitismus

Überdies unterstrich **Helmut Kuhne** seine Meinung, „dass man sich wehren darf und sogar muss, wenn Kritik an der israelischen Regierung als ‚Antisemitismus‘ gebrandmarkt wird“. Man müsse wissen, dass es Israelis gebe, die zum Beispiel die Politik der letzten Jahrzehnte, die vorwiegend durch den im eigenen Land umstrittenen Ministerpräsidenten **Benjamin Netanjahu** repräsentiert wurde, gegenüber den Palästinensern scharf kritisierten. „Diese sind leider weniger geworden, wozu auch die Terrorakte der Hamas beigetragen haben.“ Rückblickend auf seine Zeit als Realschüler in Soest betonte der 74-jährige: „Ich bin ohne Kompromisse gegen Antisemitismus, glaube aber auch, dass nur in Ausnahmefällen Menschen durch Aufklärung vom Antisemitismus abgebracht werden können.“

Zwei-Staaten-Lösung

Darüber hinaus sprach sich der Kenner der internationalen Politik beim „Fisch nach Karneval“ als Befürworter einer „Zwei-Staaten-Lösung“ aus. Sie ist für **Helmut Kuhne** die einzige Möglichkeit, Frieden zwischen den Palästinensern und den Israelis zu schaffen. „Ein palästinensischer Staat darf dabei nicht eine Halbkolonie Israels werden, weil das eine Quelle neuer Konflikte sein würde“, gab der langjährige Begleiter der Sozialdemokraten an der Lippe zu bedenken. Mit der Formel von zwei Staaten wird die Lösung des jahrelangen Israelisch-Palästinensischen Konflikts diskutiert, die in der internationalen Anerkennung Israels und eines Staates Palästina besteht. Unterdessen hat es viele Anläufe zur Umsetzung des Vorhabens von zwei Staaten gegeben, die aber kaum über den Modus von Gesprächen hinausgekommen sind. Durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 nahm in Israel der Glaube an eine mögliche „Zwei-Staaten-Lösung“ weiter ab.

Waffenlieferungen

Von den Moderatoren wurden auch die Spannungen an der Grenze Israels zum Libanon und die Gefahr eines Zweifrontenkriegs der Israelis aufgegriffen. Nach Einschätzung von **Helmut Kuhne** könne niemand eine verlässliche Prognose abgeben, „in welche Richtung sich die gegenwärtigen Spannungen entwickeln werden“. Vor dem Hintergrund der Angriffe auf Frachtschiffe im Roten Meer bezweifelte der Bad Sassendorfer den Sinn von Waffenlieferungen an Saudi Arabien „wegen des Charakters des dortigen Regimes“.

Hans Zaremba

Europa ist unvorbereitet

Helmut Kuhne zu den USA und China

Donald Trump hat Umfragen zufolge durchaus Chancen, bei den US-Wahlen im November 2024 erneut den Sprung ins Weiße Haus zu schaffen. Was das weltpolitisch bedeuten könnte, darauf gab der umstrittene Ex-Präsident zuletzt einen Vorgeschmack, als er die Beistandsverpflichtung der Mitgliedstaaten der Nato an ihre Verteidigungsausgaben knüpfte. Zwangsläufig waren die möglichen Folgen dieser Ankündigung für die europäische Sicherheitsstruktur ebenfalls ein Thema der Diskussionen mit Helmut Kuhne beim Politischen Aschermittwoch in Lippstadt.

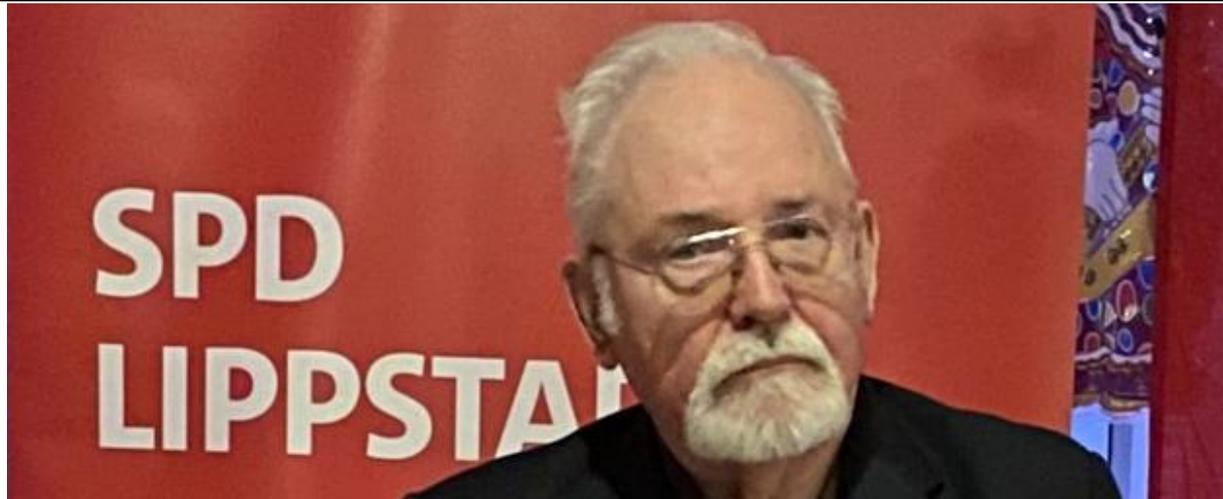


Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (I): Die SPD-Ratsherren Thomas Morfeld, Udo Strathaus, der Wirt des Veranstaltungsorts, Roland Jathe, und der Leiter des Begegnungszentrums „Treff am Park“, Michael Bosäck, setzen bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 auf einen Sieg des aktuellen Amtsinhabers im Weißen Haus, Joe Biden.

Foto: Hans-Joachim Danzebrink

Drohung

Die Drohung aus den USA ist an jene Nato-Länder gerichtet, die nicht genug für ihre militärische Sicherheit ausgeben. Es geht um das „Zwei-Prozent-Ziel“, wonach jedes Mitglied des nordatlantischen Bündnisses verpflichtet ist, zwei Prozent ihres Bruttonationalprodukts in den Verteidigungsetat aufzunehmen. Am Tag des Aschermittwochs wurde vom ZDF die Nachricht des Nato-Generalsekretärs **Jens Stoltenberg** verbreitet, dass 19 der 31 Nato-Staaten die Marke von zwei Prozent erreicht haben. Darunter fällt auch Deutschland, das nach drei Jahrzehnten wieder die vereinbarte Vorgabe erfüllt. Die vom vermutlichen republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten erhobene Forderung wurde früher auch von anderen Anwärtern auf das höchste US-Staatsamt vorgetragen. Auch beim Politischen Aschermittwoch der Lippstädter Sozialdemokraten in 2008, als **Helmut Kuhne** gleichfalls im Lokal von **Roland Jathe** zu Gast war, wurde über die Zwei-Prozent-Formel debattiert. **Barack Obama** und **Hillary Clinton**, die in 2008 die Kandidatur für die Demokraten anstrebten, hatten ebenso diese Erwartung propagiert. Nach Meinung des Mannes aus Bad Sassendorf müsse man sich auf einen möglichen Wahlsieg von **Donald Trump** einstellen.



Lippstadt am Aschermittwoch, 14. Februar 2024 (II): Ein denkbarer Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika im November 2024 würde nach Auffassung von Helmut Kuhne eine Schwächung der US-Sicherheitsgarantien für Europa bedeuten.

Foto: Hans Zaremba

Einstimmigkeit

Die Wahl in den USA wird nicht nur zum Scheideweg in den Vereinigten Staaten selbst. Eine Rückkehr von **Donald Trump** ins Oval Office wäre ein Szenario, das lange nicht vorstellbar war. Immerhin handelt sich um einen Mann, der seine Anhänger im Januar 2021 angestachelt hat, das US-Kapitol zu stürmen. Doch spätestens nach seinen Siegen bei den bisherigen republikanischen Vorwahlen hat er gute Chancen, wieder Präsident der USA zu werden. „Ich kann nicht erkennen, dass sich irgendwer ernsthaft auf eine solche Situation vorbereitet hat“, meinte **Helmut Kuhne** beim SPD-Aschermittwoch zur Möglichkeit einer Rückkehr des Präsidenten der Jahre von 2017 bis 2021 an die Schalthebel der Macht und die damit verbundenen Schwächung der Garantien der USA für die Sicherheit Europas. Dabei fügte der Sozialdemokrat aus dem beachtlichen Kurort ein Beispiel hinzu: „In der Europäischen Union gibt es immer noch circa 20 unterschiedliche Typen von gepanzerten Fahrzeugen, was das Ganze erheblich verteuert und im Ernstfall Reparaturen erschwert, weil Ersatzteile unter Umständen dort nicht vorliegen, wo sie gebraucht werden.“ Deutschland sollte daher eine Politik betreiben, mit der sich die Europäische Union auf dem Feld der Außenpolitik stärke. „Ich bin für eine Abschaffung der Einstimmigkeit auf diesem Gebiet, selbst wenn das bedeutet, dass Deutschland auch mal überstimmt werden kann.“

Taiwan

Es ist nicht neu, dass die Machthaber Chinas die Insel Taiwan mit seinen gut 23 Millionen Einwohnern als Teil der Volksrepublik China, in der mehr als 1,4 Milliarden Einwohner leben, betrachten. Zur Erinnerung: Nach dem Sieg der Kommunistischen Partei Chinas im chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zogen sich die Kuomintang, die China von 1912 bis 1949 regierten, auf das Eiland Taiwan zurück. Es ist seit 1949 das klare Ziel Chinas, das abgespaltene Gebiet dem Festland einzuverleiben, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln. Doch der amerikanische Schutzschirm mit Waffenlieferungen hat Taiwan bisher vor einer Übernahme durch die Herrscher auf dem Festland bewahrt. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wächst die Sorge, dass auch China mit einer Invasion gegen Taiwan vorgehen könnte. Zu den im Januar anlässlich der Wahlen im Inselstaat von neuem erhobenen chinesischen Forderungen, Taiwan wieder in das von Peking verwaltete Staatsgebiet einzugliedern, sagte **Helmut Kuhne**: „Das Problem ist nicht durch das Völkerrecht zu lösen, sondern nur durch die Demokratisierung Chinas.“ Da sie jedoch nicht absehbar sei, müsse es bei der Beibehaltung des Status quo bleiben.

Hans Zaremba

NS-Zeit und Gewerkschaften

Wolfgang Schulte Steinberg bei den Senioren von Ver.di

Zu Beginn seines Vortrages „NS-Zeit und Gewerkschaften“ nahm der von den Senioren der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Lippstadt eingeladene Referent Wolfgang Schulte Steinberg einen Blick auf die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in der Stadt an der Lippe vor. Dabei bediente er sich unter anderem der Anmerkungen des Lippstädter Historikers Dr. Wolfgang Maron aus seiner Schrift „Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Lippstadt von 1815 bis 1914“. Danach fiel die Gründung von Gewerkschaftsgruppen in Lippstadt zeitlich mit der Ausweitung der deutschen Gewerkschaften zu einer Massenbewegung zusammen.



Lippstadt am Dienstag, 9. Januar 2024 (I): Heinz Gerling (links) eröffnet die Monatsrunde der Ver.di-Senioren. Mit im Bild der Referent zur örtlichen Gewerkschaftshistorie, Wolfgang Schulte Steinberg.

Vorherrschaft

Die erste freigewerkschaftliche Organisation in Lippstadt soll demzufolge mit der Einrichtung einer Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in 1884 entstanden sein. Gefolgt seien die Zahlstellen der „Vereinigung der deutschen Maler, Lackierer, Anstreicher und Verwandten Berufsgruppe“ (1891) und des „Deutschen Holzarbeiterverbandes“ und des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ (1899). Die Mitgliederzahl der einzelnen freien Gewerkschaften in Lippstadt sei aber gering gewesen. Geändert habe sich dies, als mit der Jahreswende 1899/1900 mit der Zahlstelle des „Sauerländischen Gewerkvereins“ die erste christliche Gewerkschaft in Lippstadt entstanden sei. Bis zum Jahr 1913 sollen nach den Ausführungen von **Wolfgang Schulte Steinberg** unter Bezugnahme seiner Quellen aus der Veröffentlichung von **Wolfgang Maron** 70 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Lippstadt einer christlichen Gewerkschaft angehört haben. Die Vorherrschaft dieser Gruppierung in Lippstadt habe auch in der Weimarer Republik bestanden. Erst mit der abnehmenden wirtschaftlichen Lage habe sich die Situation der freien Gewerkschaften (wie die sozialistisch orientierte Gewerkschaftsorganisation des 19. und 20. Jahrhunderts mit Blick auf die Unterschiede zu den konkurrierenden liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und christlichen Gewerkschaften bezeichnet wurde) verbessert. Dies wurde auch deutlich bei den Betriebsratswahlen bei den damaligen Betrieben WMI und Westfälische Union in 1929 und 1930, wo sich der Abstand der freien Gewerkschaft zur christlichen Vereinigung gegenüber den vorherigen Abstimmungen deutlich verringerte.

Gleichschaltung

Mit der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 wurden auch in Lippstadt zum 1. Mai 1933 die Gewerkschaften gleichgeschaltet. Schon zwei Wochen zuvor - am 18. April 1933 - war vom neugewählten Lippstädter Magistrat über den Verbleib der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), dem Dachverband der freien Gewerkschaften, genutzten Räume in der Marktstraße 23 entschieden worden. Sie sollten der SA (Sturmabteilung, die paramilitärische, uniformierte und bewaffnete Kampforganisation der NSDAP) und SS (Schutzstaffel, Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument der Nazis) überlassen werden.



Lippstadt am Dienstag, 9. Januar 2024 (II): Blick in die Runde der Ver.di-Senioren beim Treffen zur Geschichte der Gewerkschaft in Lippstadt mit Wolfgang Schulte Steinberg im „Mikado“.

Fotos (2): Karl-Heinz Tiemann

Repressalien

Am 6. Mai 1933 meldete die „**Lippstädter Zeitung**“ die Gleichschaltung der Gewerkschaften durch die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, die von den damaligen Machthabern als Gegenmodell zu den freien Gewerkschaften konstruiert wurde) sowie die Verhaftung von mehreren christlichen Gewerkschaftlern. Von den Repressalien waren nach den bereits zuvor erwähnten Zeilen aus der Publikation von **Wolfgang Maron** vor allem die Vertreter der in Lippstadt vorhandenen Freien Gewerkschaften betroffen. So **Paul Schoppe**, Leiter des Metallarbeiterverbandes, **Otto Wandel**, Leiter des Holzarbeiterverbandes, **Karl Seiger**, Baugewerkschaftsbund, **Theodor Lauf**, Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe, **Heinrich Griese**, Eisenbahnerverband und **Wilhelm Ebert**, Buchdruckerverband, betroffen. Übrigens: Vom genannten **Paul Schoppe** ist bekannt, dass er sich nach dem Zusammenbruch der NS-Schreckensherrschaft erneut wieder für die Arbeiterbewegung engagierte. Neben der Industriegewerkschaft Metall (IGM) auch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, für die er viele Jahre als Kassierer des Lippstädter SPD-Ortsvereins tätig war.

Widerstand

Den von **Wolfgang Schulte Steinberg** herangezogenen Aufzeichnungen aus der Feder von **Wolfgang Maron** zufolge hatten es trotz der Gleichschaltung der Gewerkschaften die NSDAP und die NSBO schwer, in Lippstadt bei den in den folgenden Jahren durchgeführten Vertrauensratswahlen in den Betrieben ihre Kandidaten durchzubringen. Wie die Wahlen im Mai 1934 bei der WMI und der Westfälischen Union offenbarten, hatten erst die Ersatzleute der NSBO eine Chance, von den Arbeitern als Vertrauensratsleute anerkannt und gewählt zu werden. Extrem schlecht für die NSBO-Vertreter war der Ausgang der Vertrauensratswahlen bei der WMI im April 1935. Von 606 gültigen Stimmen, 43 hatten überhaupt nicht gewählt, waren 309 mit „Nein“ registriert worden. Diese Resultate dokumentieren den nach 1933 in Lippstadt durchaus vorhandenen Widerstand gegen das Vorgehen der NS-Diktatoren.

Hinweis

Von Ende Oktober bis Ende Dezember 2009 fand im Lippstädter Stadtmuseum eine beachtenswerte Ausstellung zum Thema Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften statt. Die Präsentation setzte sich gleichfalls mit den von **Wolfgang Schulte Steinberg** angesprochenen historischen Ereignissen im Frühjahr 1933 auseinander. Für die Ver.di-Senioren war dies Ende 2009 der Anlass, sich in einer Runde im Heimatmuseum mit den Vorgängen näher zu befassen. Das damalige aufschlussreiche Referat der Stadtarchivarin **Dr. Claudia Becker** ist mit Datum 20. Dezember 2009 unter www.geschichte-arbeiterbewegung.de unter dem Titelkopf **Gewerkschaften und Geschichte** zu finden.

Hans Zaremba

Demonstrationen für die Freiheit

Großer Zuspruch bei den Protesten in Lippstadt und Wadersloh

Seit der Veröffentlichung der „Correctiv“-Recherche zum Treffen von Rechtsradikalen in einem Potsdamer Hotel gehen fortwährend Menschen in Deutschland auf die Straße, um gegen die unsäglichen Pläne zur „Remigration“ zu protestieren. Diese Protestwelle findet nicht nur in den Großstädten statt, sondern ebenso im ländlichen Raum. Auch in der heimischen Region: In Lippstadt am Samstag, 20. Januar, worüber Rote Lippe Rose mit der Ausgabe 2/2024 berichtet hat, und erneut am Samstagabend, 17. Februar, und jetzt gleichfalls am Samstagnachmittag, 24. Februar, in Wadersloh.



Lippstadt am Samstag, 17. Februar 2024: Nach der ersten Demonstration im Januar fand auch das zweite Protesttreffen gegen die Rechtsradikalen auf dem Rathausplatz einen großen Zuspruch.

Foto: Karl-Heinz Tiemann

Rahmen

Während bei der ersten vom Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität organisierten Demonstration gegen die demokratiefeindliche Zusammenkunft in Potsdam und ihrer verachtungswürdigen Thesen zur Vertreibung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichten - am Samstagvormittag, 20. Januar - um 2.000 Menschen auf dem Rathausplatz gezählt wurden, waren vier Wochen später - am Samstagabend, 17. Februar - wiederum vor dem Rathaus nach Polizeiangaben rund 3.000 Menschen zugegen. Im Februar war entgegen ihrer von vielen Organisationen und Privatpersonen kritisierten Absage und Nichtteilnahme bei der ersten Demonstration im Januar auch die Lippstädter CDU zugegen. Ebenso der von ihr gestellte Bürgermeister **Arne Moritz**, der im Januar andere Termine dem Protest auf dem Rathausplatz vorgezogen hatte. Ein großes Lichtermeer, wie sich das Netzwerk für diesen Abend gewünscht hatte, bildete am Samstagabend, 17. Februar, den imposanten Rahmen.

Gesang

Gestaltet wurde das von der Lippstädter Schauspielerin und Sängerin **Dagmar C. Weinert** vorbereitete einstündige Programm für die Freiheit mit viel Gesang, der von **Werner König** mit seiner Gitarre begleitet wurde. Überdies zitierten **Dagmar C. Weinert** und **Bea Geisen** (Jugendmigrationsdienst der Arbeiterwohlfahrt), **Alexander Tschense** (Vorsitzender des Presbyteriums der Evangelischen Kirche) und weitere Personen aus Texten des Publizisten **Erich Kästner** (1899-1974), 16. Präsidenten der USA, **Abraham Lincoln** (1809-1865), Schriftstellers **Heinrich Mann** (1871-1950), ehemaligen Bundespräsidenten **Johannes Rau** (1931-2006) und Liedermachers **Konstantin Wecker**. Wie im Januar waren auch bei der Februar-Zusammenkunft vor dem Rathaus wieder viele bunten Fahnen zu beobachten. Nach den Worten von **Margot Bell**, die gemeinsam mit **Michael Tack** als Sprecher das Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität e.V. repräsentiert, soll nach einer Meldung der Zeitung „Der Patriot“ am Montag, 19. Februar, in Lippstadt eine Fortsetzung der bisherigen Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus und für die Freiheit folgen.



Wadersloh am Samstag, 24. Februar 2024: Auch in der Gemeinde Wadersloh waren rund tausend Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf zur Demonstration gegen die Rechtsradikalen gefolgt, was diese mit einer Drohne erstellte Aufnahme von der Festwiese hinter dem Rathaus offenbart.

Foto: Marco Zaremba

Friedenszug

Indessen haben im Lippstädter Umland - in Soest am Montag, 22. Januar, Beckum und Gütersloh am Freitag, 26. Januar, Oelde am Samstag, 27. Januar, und Paderborn am Sonntag, 25. Februar - gleichfalls Demonstrationen gegen die Rechtsextremen stattgefunden. Auch in der direkt an Lippstadt angrenzenden Gemeinde Wadersloh. Dort waren am Samstagnachmittag, 24. Februar, nach Angaben der Polizei gut 1.000 Menschen erschienen, um für Frieden und Freiheit zu demonstrieren. Vom Kirchplatz aus zogen sie friedlich über die Wilhelmstraße und Bahnhofstraße zur Festwiese, wo alljährlich im Juni das Schützenfest ausgerichtet wird. Veranstalter war in der münsterländischen Kommune der Heimatverein Wadersloh e.V., der den Friedenszug „**Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus**“ und die sich anschließende Kundgebung organisiert hatte.

Kundgebung

Bei der Veranstaltung im Schatten der katholischen Kirche und des Rathauses waren es der Vereinsvorsitzende **Winfried Schlieper** und seine Stellvertreterin **Jessica Jemella**, die durch das rund zweistündige Programm des Nachmittags führten. Der Vormann der Heimatfreunde fand deutliche Worte zur nach seiner Auffassung gefährdeten Demokratie: „Wir müssen unsere Demokratie schützen und verteidigen. Das geht nur, wenn wir wählen gehen und in der Mehrheit bleiben. Demokratie ist Arbeit und wir müssen füreinander Sorge tragen.“ Seinen eindringlichen Appell schloss der engagierte Heimatfreund mit: „Wer jetzt noch AfD wählt, ist kein Protestwähler mehr. Keinen Meter den Extremisten.“ Vom Wadersloher Bürgermeister **Christian Thegelpamp** war zu vernehmen: „Ich finde es beklemmend, wenn ich die antidemokratischen Tendenzen in unserem Land sehe. Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.“ Der Vorsitzende des Rates und Chef der Verwaltung gab zu erkennen, dass er das Missfallen der Bürger über viele schwierige Themen verstehe: „Doch Unzufriedenheit rechtfertigt nicht das Überschreiten der Grenzen unserer Verfassung und Demokratie. Unsere Demokratie braucht Sie alle jetzt.“ Verbunden wurde die Kundgebung in Wadersloh am zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine mit einem Gedenken an die vom Krieg gepeinigten Menschen in der Ukraine.

Machtwort

Zu begrüßen ist das kurz vor Redaktionsschluss dieses Blattes verbreitete Machtwort der deutschen Bischofskonferenz: **Die AfD vertrete mehrheitlich eine völkisch-nationalistische Gesinnung und sei deshalb für Christinnen und Christen nicht wählbar.** Deutlich waren auch die Ausführungen des Bischofs **Georg Bätzing**: „Eine Mitgliedschaft in dieser Partei ist nicht vereinbar mit Ämtern in der katholischen Kirche.“

Karl-Heinz Tiemann / Hans Zaremba

Echo zu den Erinnerungen an Jakob Koenen

Auflistung der Veröffentlichungen im weltweiten Internet

Die verschiedenen Aktionen in Erinnerung an Jakob Koenen zu seinem 50. Todestag am Dienstag, 16. Januar 2024, haben ein breites Echo bewirkt. Dazu beigetragen haben sowohl die öffentliche Veranstaltung „Würdigung eines großen Mannes“ in der Jakobikirche und die gleichfalls im Kulturraum für Wort, Klang und Bild ausgerichtete Ausstellung „Stationen eines Lebens für das Gemeinwesen“ als auch das Buch „Jakob Koenen - Bürgermeister, Bundestagsmitglied, Mann des Sports, Ehrenbürger“.

Worte des Dankes

Unterdessen hat der Vorstand des Vereins „*Historie der Arbeiterbewegung in der Region*“ mit *Franz Bußmann*, *Karl-Heinz Tiemann* und *Hans Zaremba* allen Akteuren, „die mit uns diese Erinnerungen gestaltet, unterstützt, gefördert und begleitet haben“, gedankt. Einbezogen wurde damit auch die lokale Presse, die mit *Ein Macher und vor allem ein Mensch* (*„Der Patriot“* am Donnerstag, 18. Januar 2024) und *Empathie und Tatkraft für die Menschen und Lippstadt* (*„Lippstadt am Sonntag“* am Sonntag, 21. Januar 2024) über die Darbietungen in der Jakobikirche ausführlich berichtet und mit *Koenen wird auf 200 Seiten lebendig* (*„Der Patriot“* am Mittwoch, 10. Januar 2024) und *Bürgermeister und Ehrenbürger* (*„Lippstadt am Sonntag“* am Sonntag, 14. Januar 2024) das Jakob-Koenen-Buch eingehend vorgestellt hat. Diese Beiträge und der von *Dr. Walter Leimeier* im Januar 2024 in „*Heimatblätter*“ publizierte Aufsatz *Gedenken an Jakob Koenen* wurden unter www.geschichte-arbeiterbewegung.de bei Jakob Koenen und Ereignisse eingestellt.

Rückblick auf die Gebietsneuordnung in 1975

Dokumentation in Vorbereitung

Vor fünf Jahrzehnten erregte die zum 1. Januar 1975 bevorstehende kommunale Neuordnung viele Gemüter. Für Lippstadt bedeutete sie neben der Erweiterung der Stadtfläche auch eine Zunahme der Bevölkerung von 42.000 in 1974 auf knapp 64.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 1975. Schmerzlich war für Lippstadt der durch die Gebietsreform verbundene Verlust des Kreissitzes. Viel ist in den vergangenen 50 Jahren über die Folgen der Änderungen geschrieben und debattiert worden. Vom Verein *Historie der Arbeiterbewegung in der Region von Lippstadt e.V.* wird derweil eine Dokumentation erstellt, um die damaligen Vorgänge darzustellen. Geplant ist, sie unter anderem unter www.rote-lippe-rose.de zu veröffentlichen. Mehr dazu demnächst.

Rote Lippe Rose

Montag, 1. April 2024

Die Ausgabe 4/2024 von Rote Lippe Rose wird am Montag, 1. April 2024, veröffentlicht.

Impressum

Herausgeber

Historie der Arbeiterbewegung in der Region Lippstadt e.V.

Vertreten durch seinen Vorsitzenden Hans Zaremba

Dreieichmannstraße 1, 59555 Lippstadt, Telefon: 02941/22728 und 0170/4710976, E-Mail: HZ@HansZaremba.de

Redaktion

Hans Zaremba

(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Gudrun Beschorner und Karl-Heinz Tiemann

Zustelldienst

Frank Heiermeier, Hans-Joachim Kühler, Astrid Martin, Klaus Rennkamp, Marianne Schobert,

Bernhard Scholl, Wolfgang Schulte Steinberg, Karl-Heinz Tiemann und Hans Zaremba

Homepage

www.Rote-Lippe-Rose.de

E-Mail

info@Rote-Lippe-Rose.de